Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Stadt. Land. Europa. Partnerschaften nachhaltig stärken

Veranstaltungsdokumentation der Europäischen Konferenz
am 19. Juni 2012 in Berlin

© bravenbbit, fotolia

Stadt. Land. Europa. Partnerschaften nachhaltig stärken

Veranstaltungsdokumentation der Europäischen Konferenz
am 19. Juni 2012 in Berlin

Online-Publikation

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis . . . 2

1. Einleitung . . . 3
2. Stadt-Land-Partnerschaften aus politischer Perspektive . . . 5
2.1 Impulse für Stadt und Land – nationale Raumentwicklung im europäischen Kontext . . . 5
Dr. Peter Ramsauer, MdB, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
2.2 Stadt und Land – Positionen der dänischen Ratspräsidentschaft . . . 6
Carsten Hansen, Minister für Stadt, Wohnen und ländlichen Raum
2.3 Stadt-Land-Partnerschaften – ein Thema der europäischen Regionalpolitik . . . 7
Erich Unterwurzacher, Direktor, Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik
2.4 RURBANe Kooperationen aus Sicht des Europäischen Parlaments . . . 9
Dr. Jan Olbrycht, Mitglied des Europäischen Parlaments, Vorsitzender der URBAN-Intergroup des Europäischen Parlaments
3. Wissenschaftliche Einordnung von Stadt-Land-Partnerschaften . . . 10
3.1 Regionalentwicklung und Stadt-Land-Partnerschaften – eine OECD-Perspektive . . . 10
Dr. Joaquim Oliveira Martins, Leiter der Abteilung für Regionalentwicklungspolitik, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
3.2 Großräumige Verantwortungsgemeinschaften – Erfahrungen aus dem Modellvorhaben der Raumordnung . . . 11
Harald Herrmann, Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
4. Stadt-Land-Partnerschaften in der Praxis . . . 13
4.1 MORO Nord: Von der Metropolregion zur norddeutschen Projektpartnerschaft . . . 13
Dr. Rolf-Barnim Foth, Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
4.2 Partnerschaftliche Zusammenarbeit in einer ländlich geprägten Region . . . 14
Rolf Oldejans, Stadt Enschede, Abteilung Stadtentwicklungspolitik
4.3 Erfahrungen aus Frankreich – das Beispiel „Lille Métropole“ . . . 14
Thierry Baert, Stadtentwicklungsagentur Lille Métropole
5. Podium zu Stadt-Land-Partnerschaften in Europa . . . 15
6. Stadt-Land-Partnerschaften: Ein Ausblick . . . 17
Oda Scheibelhuber, Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Anhang I: Diskussionspapier Stadt-Land-Partnerschaften, ein Thema für Europa . . . 19

Anhang II: Ausgewählte Praxisbeispiele . . . 24
Le Pays du Mans (Frankreich) . . . 25
Warschau und die Region Masovia (Polen) . . . 26
Land-Stadt-Allianzen im Rahmen der Metropolregion Hamburg (Deutschland) . . . 27
Region Twente (Niederlande) . . . 28
Lille – Métropole (Frankreich) . . . 29

Anhang III: Programm der Europäischen Konferenz am 19. Juni 2012 . . . 30

Abkürzungsverzeichnis

BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BMVBS	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
CLLD	engl. Community Led Local Development (dt.: Von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen zur lokalen Entwicklung)
EFF	Europäischer Fischereifonds
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EMFF	Europäischer Meeres- und Fischereifonds
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
EUREK	Europäisches Raumentwicklungskonzept
GSR	Gemeinsamer Strategischer Rahmen
ITI	Integrierte territoriale Investitionen
KF	Kohäsionsfonds
LEADER	frz.: Liaison entre actions de développement d´économie rurale (dt.: Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft)
MORO	Modellvorhaben der Raumordnung
MRH	Metropolregion Hamburg
OECD	engl.: Organisation for Economic Co-operation and Development (dt.: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OP	Operationelles Programm
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
TAEU	Territoriale Agenda der Europäischen Union (Deutschland/Leipzig 2007)
TA 2020	Territoriale Agenda der Europäischen Union 2020 (Ungarn/Gödöllő 2011)

→
© Dirk Deckbar

1. Einleitung

Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land gibt entscheidende Impulse für die strukturelle Entwicklung von Regionen. Dies haben die über 40 Modellprojekte der Raumordnung (MORO) gezeigt, die der Bund seit 2008 im Rahmen der Vorhaben „Überregionale Partnerschaften“ und „Stadt-Land-Partnerschaften“ unterstützt hat. Städte, das benachbarte Umland, aber auch periphere Räume brachten dabei ihre individuellen Potenziale in eine ausgewogene, partnerschaftliche Entwicklung ein.

Derzeit gewinnen Stadt-Land-Kooperationen auch in der europäischen Debatte zunehmend an Bedeutung: Rahmendokumente wie die Territoriale Agenda von 2007 sowie ihre Nachfolgerin, die Territoriale Agenda 2020, greifen diesen regionalen Entwicklungsansatz auf, denn Stadt-Land-Partnerschaften leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen und territorialen Kohäsion und zur Wachstumsstrategie Europa 2020. Auch die Entwürfe für die Strukturfondsverordnungen ab 2014 lassen eine stärkere Ausrichtung auf die Förderung funktionaler Räume, unter anderem Stadt-Land-Partnerschaften, erkennen und bieten neue Instrumente für integrierte räumliche Ansätze an. Nicht zuletzt wird in der RURBAN-Initiative des EU-Parlaments und der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission der Beitrag von Stadt-Land-Kooperationen zur Umsetzung der Europa 2020 Strategie untersucht. Eine Studie dieser Initiative führt die OECD durch, eine andere hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zusammen mit dem Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. erstellt.

Das Forschungsprojekt „Stadt-Land-Partnerschaften: Expertengespräch und internationaler Kongress“ fügt sich hier thematisch ein, denn es stellt den MORO-Ansatz der großräumigen Stadt-Land-Partnerschaften in einen europapolitischen Kontext. Durchgeführt wurde es vom Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und unter Begleitung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Ziel war es, nationale Erfahrungen und Ideen öffentlichkeitswirksam zu kommunizieren und Unterstützungsmöglichkeiten im Rahmen der europäischen Strukturförderung aufzuzeigen.

↓ Konferenz, © Dirk Deckbar

↑ Teilnehmer der internationalen Konferenz, © Dirk Deckbar

Im Kontext des Projektes fanden zwei Veranstaltungen statt: Ein nationales Expertengespräch sowie eine internationale Konferenz, jeweils in Berlin. Das Expertengespräch am 28. März 2012 bot Möglichkeiten für vertiefte Diskussionen zu Themenfeldern und Fördermöglichkeiten von Stadt-Land-Partnerschaften. Es band Vertreter der Raum- und Stadtentwicklung, der ländlichen Entwicklung und der Verwaltungsbehörden für die Verwendung der EU-Strukturfonds in Deutschland ein. Außerdem waren Experten der Europäischen Kommission involviert. Aufbauend auf dem Expertengespräch erörterte die Konferenz „Stadt. Land. Europa. Partnerschaften nachhaltig stärken“ am 19. Juni 2012 die Thematik der Stadt-Land-Partnerschaften vor dem Hintergrund der Strategie Europa 2020 und der Entwürfe für die europäische Strukturförderung ab 2014. Bundesminister Dr. Peter Ramsauer, weitere hochrangige Vertreter verschiedener Mitgliedsstaaten sowie des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission reflektierten die Thematik aus politischer Perspektive. Beispiele aus der europäischen Praxis zeigten konkret auf, wie die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land funktioniert. In einer anschließenden Podiumsdiskussion debattierten regionale Vertreter sowie Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über den Beitrag von Stadt-Land-Partnerschaften zum territorialen Zusammenhalt Europas sowie Möglichkeiten der europäischen Unterstützung. Als Grundlage für die Konferenz wurde im Vorfeld ein Diskussionspapier erstellt, das bereits auf dem Expertengespräch erörtert und anschließend überarbeitet wurde.

↑ Moderator Dr. Lothar Blatt-von Raczeck, Leiter des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerkes, Repräsentant des Deutschen Verbandes in Brüssel, © Dirk Deckbar

Dieses spiegelt den aktuellen Stand der Diskussion wider und entwickelt anknüpfend Thesen und Fragestellungen.

Im Ergebnis des Projektes entstand die vorliegende Broschüre, die die internationale Konferenz dokumentiert. Außerdem zeigt sie praxisorientiert auf, welchen konkreten Mehrwert Stadt-Land-Partnerschaften vor Ort bringen und wie europäische Möglichkeiten zur Förderung von Stadt-Land-Partnerschaften von verschiedenen Akteuren genutzt werden können. An dieser Stelle sei auch auf den Anhang verwiesen, wo das Diskussionspapier, gute Praxisbeispiele sowie das Konferenzprogramm noch einmal übersichtlich dargestellt sind.

2. Stadt-Land-Partnerschaften aus politischer Perspektive

Bei der Konferenz am 19. Juni 2012 in Berlin wurden Stadt-Land-Partnerschaften vor dem Hintergrund der neuen Strukturfondsperiode 2014 bis 2020 mit einem breiten europäischen Publikum erörtert. Dabei beleuchteten die vier Eingangsredner die Thematik zunächst aus einer politischen Perspektive im europäischen Raum.

2.1 Impulse für Stadt und Land – nationale Raumentwicklung im europäischen Kontext

Dr. Peter Ramsauer MdB, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

„Städte sind wesentliche Impulsgeber für Wirtschaft, Kultur, Bildung und Forschung. Sie weisen intensive wirtschaftliche und gesellschaftliche Verflechtungen mit den ländlichen Räumen auf. Stadt-Land-Partnerschaften sind deshalb eine gute und notwendige Strategie für den regionalen Zusammenhalt, für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit." Das betonte Bundesminister Dr. Peter Ramsauer anlässlich der Eröffnung der internationalen Konferenz „Stadt. Land. Europa. Partnerschaften nachhaltig stärken". Zuvor begrüßte er die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und hieß insbesondere den Vertreter der dänischen EU-Ratspräsidentschaft, den Minister für Stadt, Wohnen und ländlichen Raum, Carsten Hansen, herzlich willkommen. Seine Teilnahme unterstreiche die europäische Dimension des Konferenzthemas in besonderer Weise.

Bundesminister Dr. Ramsauer hob insbesondere die Bedeutung von innovativen unternehmerischen Verflechtungen zwischen Stadt und ländlichen Räumen als wichtigen Standortvorteil hervor. Dies zeigten auch die Modellvorhaben der Raumordnung im Bereich Stadt-Land-Partnerschaften: Zahlreiche Projekte, so der Minister, wurden seitens des Bundes angestoßen. Seit 2008 unterstütze der Bund 40 Einzelprojekte in acht Regionen. Diese trügen nun Früchte, vor allem auch dank eines breiten bürgerschaftlichen Engagements vor Ort. Auf europäischer Ebene verwies er auf die laufenden Vorarbeiten für die nächste Strukturförderperiode ab 2014: „Wir sollten uns jetzt darüber gemeinsam verständigen, wie wir auf den Ansätzen der Europäischen Kommission aufbauen und die Chancen für unsere Stadt-Land-Partnerschaften nutzen können."

↑ Dr. Peter Ramsauer MdB, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, © BMVBS

In diesem Zusammenhang unterstrich Ramsauer auch die außerordentlich guten Erfahrungen mit der EU-Förderung in Deutschland. So werde in der laufenden Förderperiode von 2007 bis 2013 über eine Milliarde Euro für die nachhaltige Stadtentwicklung eingesetzt. Er betonte, dass sich die Fülle von Projekten nicht allein mit nationalen Mitteln realisieren lasse. „Wir wollen jetzt an diese Erfolgsgeschichte anknüpfen", so Ramsauer. Deshalb baue der Bund auch zukünftig auf die so „wichtige und unverzichtbare" Förderung durch die Europäischen Strukturfonds. Die bisher vorliegenden Verordnungsentwürfe für die neue Förderperiode gäben Grund zur Hoffnung, dass dies gelingen könne. Dennoch seien noch viele Fragen und Details zu beantworten.

„Eines ist klar", so der Minister, „wir brauchen einen tragfähigen Konsens zwischen einer wachstumsorientierten und einer in räumlicher Hinsicht ausgleichenden Politik. In unseren Stadt-Land-Partnerschaften praktizieren wir dies

→
Carsten Hansen, Minister für Stadt, Wohnen und ländlichen Raum, © Dirk Deckbar

bereits erfolgreich." Außerdem sei man gut beraten, die europäische Politik für die Städte und die ländlichen Räume noch besser miteinander zu verzahnen.

Der Bundesminister erklärte, dass der Bund einen Schwerpunkt seiner Raumordnungspolitik darauf legen werde, Städte und ländliche Räume mit einem integrierten Ansatz weiterzuentwickeln. Der erste Schritt dafür sei in den vorliegenden Verordnungsentwürfen der EU bereits gemacht. Ramsauer sagte, es sei wünschenswert, mit dem Ansatz der Stadt-Land-Partnerschaften auch die Europäische Kommission in den weiteren Verhandlungen zu überzeugen. Anliegen sei es, die Förderung von Stadt-Land-Partnerschaften auch weiterhin zu ermöglichen. Er verwies zudem darauf, dass zu aufwändige und komplexe Verfahren sinnvolle Projekte vor Ort unnötig erschweren könnten. Deshalb müsse auf der Konferenz auch diskutiert werden, wie den vielfältigen und innovativen Instrumenten auch zukünftig der Weg in die kommunale Praxis geebnet werden kann.

2.2 Stadt und Land – Positionen der dänischen Ratspräsidentschaft

Carsten Hansen, Minister für Stadt, Wohnen und ländlichen Raum

Zu Beginn informierte Minister Hansen über die Wiedererrichtung des dänischen Ministeriums für Städte, Wohnen und ländlichen Raum und unterstrich dies als ein wichtiges politischen Zeichen des Zusammenhalts zwischen städtischen und ländlichen Gebieten in Dänemark. Dies sei ein Ausdruck für einen ganzheitlichen Ansatz der Stadt- und Wohnungsmarktpolitik.

2007 fand das Ziel der territorialen Kohäsion Eingang in den Lissabon-Vertrag, jedoch rückte die Finanzkrise die Themen des territorialen Zusammenhalts stärker in den Hintergrund. Aber genau diese führte zu einer Vergrößerung der Kluft in der Entwicklung zwischen strukturschwachen und starken Gebieten in Dänemark, auch das Auseinanderdriften zwischen zentralen Städten und der Peripherie wurde katalysiert. Minister Hansen führte jedoch aus, dass dieser Unterschied nicht erst mit dem Aufkommen der Finanzkrise entstanden sei, sondern vielmehr eine Begleiterscheinung des technischen Fortschritts und der Industrialisierung sei, die besonders in den vergangenen drei Jahrzehnten beschleunigt wurde. Darüber hinaus trügen der Abbau der innereuropäischen politischen Grenzen und die Errichtung des europäischen Binnenmarktes zu einer weiteren Konzentration und Verlagerung von Produktions- und Dienstleistungszentren in die urbanen Zentren bei. Der ländliche Raum sei jedoch nicht nur als Naherholungs- und Rückzugsraum für die Städte zu betrachten – denn dies sei das falsche Signal.

Ein territorialer Zusammenhalt zwischen Stadt und Land könne gewährleistet werden, wenn man sich politisch auf folgende Bereiche fokussiere, so Minister Hansen:

- Um Einwohner halten zu können müsse die Gewährleistung öffentlicher Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Ausbildungseinrichtungen, Gesundheitsdienstleistungen, öffentlicher Personennahverkehr) gesichert sein. Zudem stelle sich die Frage, wie sich Kosten reduzieren ließen, ohne das Angebot zu beeinträchtigen.

- Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land sollte auch im Bereich Forschung und Entwicklung vertieft werden. In Süddänemark gebe es bereits gut funktionierende Stadt-Land-Partnerschaften im Rahmen einer Netzwerkuniversität sowie Forschungseinrichtungen, die sich im ländlichen Raum angesiedelt haben.

- Eine breite Wirtschaftspolitik auch für den ländlichen Raum sei notwendig. Ein großes Problem sei der Infrastrukturmangel. Um innovative Unternehmen im ländlichen Raum halten zu können, müsse dieses Defizit behoben werden. Darüber hinaus sei es Ziel der dänischen Regierung, grünes Wachstum zu fördern.

Territorialer Zusammenhalt und Stadt-Land-Partnerschaften müssen noch stärker zusammengebracht werden, so Minister Hansen. Der Gesetzgebungsprozess müsse fortgesetzt werden, um dem gerecht zu werden. Dazu seien ein neues Grünbuch und Machbarkeitsstudien notwendig.

→
Erich Unterwurzacher, Direktor, Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik, © Dirk Deckbar

Außerdem müsse man in den Verordnungen für die neue Strukturfonds-Förderperiode der EU der Agrarpolitik die Möglichkeit einräumen, Fördermittel aus der direkten Beihilfe der ersten Säule in die indirekte Beihilfe der zweiten Säule umzuwidmen, um die Stärkung einer grünen Wirtschaft voranzubringen und so die ländlichen Räume wettbewerbsfähig zu machen. In der Strukturpolitik sei zudem die Nutzung der verschiedenen Fonds unklar. So müsse beispielsweise der ELER auch genutzt werden können, um Stadt-Land-Partnerschaften zu unterstützen. Eine Steigerung der Mittelkonzentration erhöhe jedoch die Schwierigkeit für die Mittelallokation in den unterschiedlichen Räumen (Stadt oder Land). Die Flexibilität zwischen den Fonds müsse weiter erhöht werden, um ein nutzbares Instrumentarium für Stadt-Land-Partnerschaften zu kreieren. Als guten Ansatz hierbei benannte er die LEADER Methode, die die Einbindung lokaler und regionaler Partner in den Entscheidungsprozess gewährleistet.

2.3 Stadt-Land-Partnerschaften – ein Thema der europäischen Regionalpolitik

Erich Unterwurzacher, Direktor, Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik

Direktor Unterwurzacher betonte, dass mit der Diskussion um den Ansatz von Stadt-Land-Partnerschaften ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan werde, denn dieser beinhalte einen entscheidenden Paradigmenwechsel in der Förderphilosophie. „Beim Konzept von Stadt-Land-Partnerschaften findet die Arbeit nicht in Verwaltungseinheiten statt, sondern in funktionalen Gebieten“, so Direktor Unterwurzacher. Das sei ein grundlegender Unterschied in der Auslegung.

Die Umsetzung der territorialen Kohäsion bedürfe einer langfristigen Planung in der Politik und der daraus resultierenden Konzeption. Diese dürfe sich jedoch nicht nur auf den Einsatz von europäischen Geldern konzentrieren. Zielführend sei nur eine gemeinsame kohärente Strategie, unterstrich Direktor Unterwurzacher. Während Europäische Lösungen diskutiert würden, müsse auch eine reale Beurteilung des nationalen Status quo erfolgen, um die eigene Situation besser beurteilen zu können. Direktor Unterwurzacher betonte, dass in der europäischen Herangehensweise in der Vergangenheit eine Gegenläufigkeit zwischen Agrar- und Kohäsionspolitik geschaffen worden sei, die es zu überwinden gelte. Wachstum müsse als Ganzes verstanden werden. Das heißt, es müssen Ansätze angewandt werden, die beide Politikbereiche integrieren.

Mit der von der Kommission vorgeschlagenen strategischen Zusammenführung und Vereinheitlichung der fünf Fonds des Gemeinsamen Strategischen Rahmens (EFRE, ESF, ELER, EMFF, KF) sowie mit der inhaltliche Ausrichtung auf die Strategie Europa 2020 wurden bereits wichtige integrative Schritte getan, sagte Direktor Unterwurzacher. Eine Auflösung der Fonds sei zwar nicht möglich, so der Direktor, da diese im Vertrag von Lissabon festgeschrieben seien. Jedoch könne durch gleiche Förderrichtlinien- und Maßstäbe wie den Gemeinsamen Strategischen Rahmen (GSR), ein gemeinsames Fundament geschaffen werden. Ein weiteres zentrales Element der Zusammenführung seien die Partnerschaftsverträge zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, da diese die länderspezifische Grundlage der Programmierung vorbereiten und die Basis für Stadt-Land-Partnerschaften durch das Festlegen bestimmter dafür vorgesehener Instrumente bilden.

Es ist geplant, die städtische Dimension in den Strukturfonds mit Hilfe einer Quotierung von fünf Prozent der nationalen Mittel zu stärken. Dies dürfe jedoch nicht ausschließlich für städtisches Gebiet gelten, sondern müsse auch für funktionale Einheiten im Sinne von Stadt-Land-Partnerschaften anwendbar sein, forderte Direktor Unterwurzacher. Darüber hinaus böten sich gute Chancen der Förderung von Stadt-Land-Partnerschaften durch die in den Verordnungsentwürfen vorgeschlagenen Instrumente „Integrierte Territoriale Investitionen“ (ITI) und „Von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen zur lokalen Entwicklung“ (CLLD). Beide Instrumente bieten die Möglichkeit, die Mittel verschiedener Fonds in einem gemeinsamen territorialen Entwicklungskonzept zu bündeln. Für ITI gelte es jedoch, einen pragmatischen Vorgang in der Anwendung zu verfolgen. Bei der geforderten Subdelegati-

on der Fördermittel auf lokale Behörden könne beispielsweise das Finanzmanagement ausgenommen werden.

Die Europäische Kommission möchte diese Ansätze zukünftig verstärkt zum Einsatz bringen und auch auf den Sozialfonds ESF ausweiten sowie eine partnerschaftliche Einbeziehung aller Akteure mit Hilfe von Multifondsprogrammen ermöglichen. Die Vision bedeutet eine Umsetzung von Strategien aus verschiedenen Fonds auf Projektebene. Bislang ist dies aber mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Um konkrete Projektideen umzusetzen, muss eine Verwaltungsvereinfachung durchgeführt werden. Das Europäische Parlament und der Rat stützen die Ideen. Im Rahmen der RURBAN Initiative wurde daher auch ein Handbuch für Stadt-Land-Partnerschaften vorgeschlagen.

Integrierte territoriale Investitionen (ITI) sind ein Werkzeug der Europäischen Strukturfonds (EFRE, ESF) und des Kohäsionsfonds (KF) zur Umsetzung territorialer Strategien auf integrative Weise. Die Mitgliedstaaten können mit Hilfe der ITI die operationellen Programme sektorübergreifend umsetzen und die Finanzmittel aus mehreren Prioritätsachsen eines oder mehrerer operationeller Programme nutzen, um die Umsetzung einer integrierten Strategie für Regionen mit spezifischer geografischer Ausprägung sicherzustellen. Zum einen bieten die ITI den Mitgliedstaaten Flexibilität in Bezug auf die Planung der operationellen Programme. Zum anderen ermöglichen sie die wirksame Umsetzung integrierter Maßnahmen durch eine vereinfachte Finanzierung. Die Anwendung erfolgt auf der Ebene funktionaler Gebietseinheiten, diese können einzelne Stadtteile, Stadt-Land-Partnerschaften und ganze Städtenetze umfassen.

Die zentralen Punkte einer ITI sind:

- ein festgelegtes Gebiet und eine integrierte territoriale Entwicklungsstrategie,
- ein Maßnahmenpaket für die Umsetzung und
- Governance-Regelungen zur Verwaltung der ITI mit Delegation der Mittelverwaltung.

„Von der örtlichen Bevölkerung betriebenen Maßnahmen zur lokalen Entwicklung“ („Community Led Local Development“ CLLD) sind ein spezielles Instrument der Strukturpolitik für die Verwendung von Fördermitteln auf subregionaler Ebene, das andere Unterstützungsmaßnahmen zur Entwicklung auf lokaler Ebene ergänzt. CLLD können Gemeinden und lokale Organisationen mobilisieren und einbeziehen, so dass die Ziele der Strategie Europa 2020 eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums erfüllt werden können. Gleichzeitig werden der territoriale Zusammenhalt gefördert und bestimmte politische Ziele erreicht. CLLD umfassen alle fünf Fonds des Gemeinsamen Strategischen Rahmens (EFRE, ESF, ELER, EMFF, KF).

Die zentralen Punkte eines CLLD sind:

- die Gründung einer lokalen Aktionsgruppe,
- die Umsetzung eines lokalen Aktionsplans,
- eine zielgerichtete und kohärente Bevölkerungsabdeckung.

2.4 RURBANe Kooperationen aus Sicht des Europäischen Parlaments

Dr. Jan Olbrycht, Mitglied des Europäischen Parlaments, Vorsitzender der URBAN-Intergroup des Europäischen Parlaments

Eingangs verwies MdEP Dr. Jan Olbrycht auf die derzeit laufenden Vorbereitungen der neuen Strukturfondsperiode ab 2014. Aktuell würden im Europäischen Parlament die Verordnungsentwürfe verhandelt, die im Oktober 2011 von der Europäischen Kommission vorgelegt worden seien. Er erklärte, dass bei der Gestaltung der neuen Förderperiode nicht nur die Ausrichtung auf die Strategie Europa 2020, sondern auch auf das Partnerschaftsprinzip verstärkt werden sollte. Für eine ordnungsgemäße Verwaltung der Strukturfonds bedürfe es sowohl einer vertikalen Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und den lokalen Akteuren, als auch einer horizontalen Partnerschaft zwischen den Akteuren der Mitgliedstaaten und Regionen. Einzelne Projekte könnten von der Vereinfachung der Projektvorbereitung profitieren, so MdEP Dr. Olbrycht. Eine wirtschaftliche Haushaltsführung solle durch Nachweis konkreter Ergebnisse sichergestellt werden.

Als zentral für die strategische Programmierung benannte er die Frage, wie die Kooperation von Akteuren im städtischen und ländlichen Raum unterstützt werden könne und inwieweit alle fünf Fonds der Struktur- und Kohäsionspolitik eingebunden werden könnten. Vor diesem Hintergrund würden die Partnerschaftsübereinkommen und die OP zur Umsetzung der Mittel neu verhandelt. Eine verstärkte Integration der Strukturfondsmittel sei wichtig, insbesondere in Hinblick auf die Europa 2020 Ziele, die ein soziales, wirtschaftliches und nachhaltiges Wachstum fordern. Ebenso müssten eine verstärkte städtische Komponente und die Einbindung innovativer Instrumente gewährleistet sein. Es sei vorgesehen, mindestens fünf Prozent der EFRE-Mittel für nachhaltige Maßnahmen der Stadtentwicklung und Innovation aufzubringen. Hierbei sollte den Stadt-Land-Partnerschaften eine besondere Aufmerksamkeit zukommen, denn die Städte und der ländliche Raum müssten als Einheit betrachtet werden.

↑ Dr. Jan Olbrycht, Mitglied des Europäischen Parlaments, Vorsitzender der URBAN-Intergroup des Europäischen Parlaments, © Dirk Deckbar

Die verschiedenen Fonds sollten zusammengeführt werden, so MdEP Dr. Olbrycht, um die Integration verschiedener Politiken und Akteure sicherzustellen. Neben der kohärenten inhaltlichen Ausrichtung auf Europa 2020 seien die fünf Fonds der Struktur- und Kohäsionspolitik bereits administrativ angeglichen. Es sei jedoch unklar, ob sie in dieser Form auch perspektivisch Bestand hätten. Die Vereinheitlichung der Fondsverwaltung im Hinblick auf Förderrichtlinien und strategische Rahmen sollte künftig stärker Beachtung finden.

Als ein weiteres wichtiges Element zur Sicherstellung integrierter lokaler Maßnahmen in konkreten Raumeinheiten benannte er das Instrument der „ITI“ (siehe auch S. 8). Diese seien zentral für die erfolgreiche Umsetzung von Stadt-Land-Partnerschaften und die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung. Auch aus mehreren Fonds gespeiste, sogenannte Multifonds-Programme, hätten Zukunftspotenzial. Während verschiedene Institutionen weiterhin Monofondsprogramme bevorzugten, könnten über Multifonds-Programme die Potenziale des ESF besser erschlossen werden. Zuletzt konstatierte er, dass die Zusammenarbeit von Stadt und Land sich stets im Spannungsfeld der Komplementaritäten der verschiedenen Fonds bewege.

3. Wissenschaftliche Einordnung von Stadt-Land-Partnerschaften

Nach dem politischen Auftakt der Konferenz erfolgte eine wissenschaftliche Einordnung des Konzeptes der Stadt-Land-Partnerschaften. Dabei wurden Relevanz, Potenziale und Erfolgskriterien vor dem Hintergrund der Europa 2020 Ziele von den beiden Fachrednern erörtert.

3.1 Regionalentwicklung und Stadt-Land-Partnerschaften – eine OECD-Perspektive

Dr. Joaquim Oliveira Martins, Leiter der Abteilung für Regionalentwicklungspolitik, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Vor dem Hintergrund der RURBAN Initiative des Europäischen Parlaments informierte Dr. Joaquim Oliveira Martins über Zwischenergebnisse des darin eingebetteten, empirischen Forschungsprojektes zu Stadt-Land-Partnerschaften, das die OECD im Auftrag der Europäischen Kommission (Generaldirektion für Regionalpolitik) durchführt.

Das Ziel der Studie sei die Bewertung der Rolle von Stadt-Land-Partnerschaften zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur Stärkung von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Zudem erläutere die Studie, welche Rolle öffentliche Stellen einnehmen müssen, damit Stadt-Land-Partnerschaften einen optimalen Mehrwert haben. Im Rahmen der Studie wurde ein Bewertungsrahmen erstellt und eine Tiefenanalyse von acht Praxisbeispielen durchgeführt. Ab Ende des Jahres 2013 werden Ergebnisse über die Funktion von Stadt-Land-Partnerschaften erwartet.

Dr. Martins erläuterte, dass das Ideal funktionaler Verflechtungen seinen Ausdruck im Zusammenspiel von ländlichem und städtischem Raum findet, und betonte, dass der Grad der gegenseitigen Abhängigkeit gestiegen sei, vor allem in funktionaler Hinsicht. Daraus ergebe sich der Mehrwert einer Integration von Stadt-Land-Aspekten in nationale Politiken. Auch Strategien auf lokaler Ebene bedürfen laut Dr. Martins eines integrierten Ansatzes. Er wies jedoch darauf hin, dass die genaue Analyse durch unterschiedliche Datengrundlagen erschwert sei. Daher sei es zielführender, über verschiedene bewährte Praxisbeispiele zu informieren und Erfahrungen zu teilen. Dafür wurden in der Studie Sekundärquellen mit den Ergebnissen aus Fallstudien gegenübergestellt.

Die Auswertung erster Ergebnisse zeige, dass Wachstum überall im Raum möglich sei und sich nicht nur auf städtische Zentren beschränke. In ländlichen Gebieten sei jedoch eine größere Variabilität zu verzeichnen, so Dr. Martins. Diese ergebe sich unter anderem aufgrund von Agglomerationsvorteilen durch die Nähe zu städtischen Zentren, die somit unterschiedliche Wachstumsdynamiken hervorriefen. Je stadtferner eine Region sei, desto weniger Wachstumsdynamik sei vorhanden. Dies sei empirisch belegt, wobei die Entfernung keine lineare Komponente darstellt. So seien ländliche Regionen, die an städtische Zentren

↓ Dr. Joaquim Oliveira Martins, Leiter der Abteilung für Regionalentwicklungspolitik, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, © Dirk Deckbar

→
Harald Herrmann, Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, © Dirk Deckbar

funktional angeschlossen sind, wesentlich dynamischer im Wachstum als ländliche Regionen, die an städtische Verdichtungsräume angrenzen.

Im Rahmen der Auswertung von Politikansätzen erklärte Dr. Martins, dass die administrative Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Gebieten abgenommen habe. Letztere würden zunehmend in funktionale Einheiten integriert. Anhand der Beispiele von Paris und Rom machte Dr. Martins deutlich, dass administrative Grenzen selten deckungsgleich sind mit ihrer funktionalen Verflechtung. Daher seien Politiken und Governance-Strukturen notwendig, die eine funktionale Zusammenarbeit unterstützen. Der politische und der wirtschaftliche Verflechtungsraum müssten zunehmend deckungsgleich sein, forderte er. Für eine erfolgreiche Umsetzung gelte es jedoch Grundlagen zu schaffen, damit derartige Strukturen tragfähig sein können. Dazu zählten vor allem die Einbindung verschiedener Akteure (sowohl öffentlich, als auch privat), die Einbindung verschiedener Regierungsebenen, die Schaffung von Anreizen zur Zusammenarbeit und die Erstellung eines nachhaltigen finanziellen Rahmens. Im Rahmen des Forschungsprojektes, so Dr. Martins, werde die Schaffung eines wirkungsvollen politischen Rahmens weiterhin analysiert.

3.2 Großräumige Verantwortungsgemeinschaften – Erfahrungen aus dem Modellvorhaben der Raumordnung

Harald Herrmann, Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Laut Harald Herrmann zielen Stadt-Land-Partnerschaften darauf ab, dass alle Partner mit ihren jeweiligen Stärken zu mehr wirtschaftlichem Wachstum und Lebensqualität in einem Gesamtraum beitragen. Sie seien somit funktionale Räume, wie es die Territoriale Agenda 2020 formuliert, und leisteten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen und territorialen Kohäsion sowie zur Strategie Europa 2020. Gleichzeitig stellten sie eine Möglichkeit dar, damit sowohl Wachstums- als auch Ausgleichspolitik auf regionaler Ebene in Verbindung gebracht werden könnten.

Da schon das Europäische Raumentwicklungskonzept 1999 die Idee der Stadt-Land-Partnerschaften beinhaltet habe, stelle sich die Frage, warum diese nach wie vor als ein recht neues Instrument der Regionalentwicklung angesehen würden. Zwar sei das Konzept in den vergangenen Jahren von verschiedenen Initiativen aufgegriffen worden – so z. B. in der Territorialen Agenda von 2007 oder in der RURBAN-Initiative des EU-Parlaments und der Generaldirektion Regionalpolitik. Trotzdem sei das Potenzial der Stadt-Land-Partnerschaften noch nicht voll ausgeschöpft. Denn großräumige Kooperationen erforderten einen hohen Koordinierungsaufwand mit motivierten Akteuren vor Ort.

Letztere hätten das BMVBS und das BBSR seit 2007 mit dem Modellvorhaben „Überregionale Partnerschaften“ und dem Nachfolgeprojekt „Stadt-Land-Partnerschaften“ unterstützt. Ausgangspunkt für die Initiative waren die Leitbilder der Raumentwicklung 2006 und die Territoriale Agenda der EU, die beide derartige Partnerschaften einfordern. Die Modellvorhaben hätten den Mehrwert einer integrierten und räumlichen Vorgehensweise aufgezeigt. Diese zeichne sich aus durch eine Vernetzung verschiedener Teilräume, durch eine Kooperation auf Augenhöhe, eine Beziehung, die wirtschaftliche Entwicklung und Lebensqualität steigere, sowie allgemein dadurch, dass eine win-win-Situation für alle Beteiligten entstünde.
Insgesamt hat der Bund acht Modellregionen mit einer Zuwendung von jeweils bis zu 150.000 Euro begleitet. Die Modellregionen steuerten etwa dieselbe Summe bei. Dies zeige, so Herrmann, das hohe Eigeninteresse daran, Stadt-

Land-Partnerschaften auszuprobieren. Die über vierzig Teilprojekte in den Modellregionen beschäftigten sich unter anderem mit den Themen der verkehrlichen Anbindung innerhalb der Region und über die Region hinaus, Tourismus, sozialen Infrastrukturen und erneuerbaren Energien. Auch Cluster und Netzwerke von Unternehmen oder Wissenschaftseinrichtungen sowie Marketing standen im Mittelpunkt. Stadt-Land-Partnerschaften seien also projektorientiert und könnten durch eine große Bandbreite an Projekten konkret ausgestaltet werden.

Als Erfolgsfaktoren für Stadt-Land-Partnerschaften benannte er funktionale Beziehungen zwischen den einzelnen Teilräumen, eine Strategie, die konkrete Ziele beinhaltet und eine funktionierende Organisations- und Verwaltungsstruktur. Außerdem sei gerade zu Beginn viel Zeit nötig, um Projekte auf den Weg zu bringen; dies gelte besonders dort, wo es keine ausgeprägte Tradition der regionalen Zusammenarbeit gebe. Weiterhin benannte er viele parallele Projekte und einen Umgang auf Augenhöhe zwischen den verschiedenen Partnern als Erfolgsfaktoren. Nicht zuletzt seien motivierte Akteure entscheidend, die Stadt-Land-Partnerschaften in der Anfangsphase ins Rollen bringen.

Abschließend äußerte Herrmann den Wunsch nach einem Modellvorhaben auf europäischer Ebene. Eine Pilotaktion der EU zu Stadt-Land-Partnerschaften könnte dazu beitragen, diese Idee noch gezielter in den EU-Strukturfonds zu unterstützen.

4. Stadt-Land-Partnerschaften in der Praxis

Anschließend an den politischen Auftakt und die fachlichen Vorträge wurden drei Praxisbeispiele zur gelungenen Umsetzung von Stadt-Land-Partnerschaften aus Deutschland, den Niederlanden und Frankreich präsentiert. Die verschiedenen Kooperationsmodelle spiegelten unterschiedliche, aber gleichermaßen relevante Themenfelder wider. **Kurzbeschreibungen** zu allen drei vorgestellten Beispielen befinden sich im Anhang. Ergänzt werden sie dort außerdem durch zwei weitere Beispiele, die aus Zeitgründen nicht während der Konferenz vorgestellt werden konnten, jedoch gleichermaßen entscheidende Aspekte beitragen können. Das ist zum einen eine Initiative aus der polnischen Hauptstadt Warschau samt Umland und zum anderen ein Projekt aus dem an der Loire gelegenen französischen Gebiet „Le Pays du Mans“. (Siehe auch Anhang S. 25 ff.)

4.1 MORO Nord: Von der Metropolregion zur norddeutschen Projektpartnerschaft

Dr. Rolf-Barnim Foth, Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

↑ Dr. Rolf-Barnim Foth, Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, © Dirk Deckbar

Dr. Rolf-Barnim Foth stellte die Großräumige Partnerschaft in der Metropolregion Hamburg vor. Seit 1990 habe die Globalisierung massive Auswirkungen auf Städte und ländliche Räume. Das führe zum Bedeutungsverlust der Nationalstaaten, zur Kompetenzübertragung nach Brüssel, zur Osterweiterung und zum zunehmenden internationalen Wettbewerb. Auch würden weiche Standortfaktoren immer wichtiger. Folglich sei eine Neupositionierung von Räumen zwingend erforderlich. Die vorgestellte Zusammenarbeit im norddeutschen Raum gebe es bereits seit 2008. Als Handlungsbeispiele führte Dr. Foth die Clusterpolitik im Bereich maritimer Industrie, die Tourismusentwicklung und die gemeinsame Vermarktung eines 150 km langen Teilstücks der Elbe auf, ebenso wie ländlich-städtische Initiativen im Bereich des Gesundheitswesens und der erneuerbaren Energien. Als Erfolgsfaktoren benannte er Geduld, Augenhöhe der Partner, Zeit sowie ausreichend Geld und Kapazitäten. Die nationale Förderung müsse fortgesetzt werden, die EU-Förderung sei auszubauen. Seiner Meinung nach führt die Vernetzung von Fördergeldern zu nachhaltigeren Ergebnissen.

(Siehe auch Anhang S. 27)

4.2 Partnerschaftliche Zusammenarbeit in einer ländlich geprägten Region

Rolf Oldejans, Stadt Enschede, Abteilung Stadtentwicklungspolitik

Rolf Oldejans präsentierte das Städtenetzwerk in der ländlichen Region Twente, zu der auch die Stadt Enschede zählt. Als Kooperationsfelder der Partnerarbeit benannte er die Bereiche Wohnungswesen, Sicherheit, Gesundheit, Erholung und Tourismus. Diese müsse man vor dem Hintergrund der Globalisierung und fortschreitender Regionalisierung betrachten. Im Mittelpunkt der niederländischen Erfahrungen stünden vor allem die interregionale Kooperation an den „Rändern" einzelner Gebiete, die Integration junger Menschen als Strategie gegen die drohende Bevölkerungsabwanderung und die Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen durch die Kultivierung alter, vergessener Gemüsearten (z. B. Stevia, Topinambur, schwarze Kartoffeln) in Behindertenwerkstätten und deren Verkauf in ansässigen Restaurants. Als Erfolgskriterien benannte er das Definieren gemeinsamer Werte, Vorteile und Ziele sowie informelle Organisationsstrukturen, Praxisbezogenheit, Bürgernähe, gegenseitigen Respekt und festgelegte Verbindlichkeiten bzw. Verantwortlichkeiten.

(Siehe auch Anhang S. 28)

↑ Rolf Oldejans, Stadt Enschede, Abteilung Stadtentwicklungspolitik, © Dirk Deckbar

4.3 Erfahrungen aus Frankreich – das Beispiel „Lille Métropole"

Thierry Baert, Stadtentwicklungsagentur Lille Métropole

Thierry Baert stellte die Metropolregion Lille in Nordfrankreich vor. Diese sei geprägt von der Industrialisierung, der Grenzlage und der Zweisprachigkeit. Aufgrund zahlreicher Zu- und Wegzüge innerhalb der Region sei dort eine gemischte Identität mit gleichermaßen ländlicher und städtischer Prägung vorherrschend. Insgesamt verbindet die Metropolregion 85 Gemeinden mit insgesamt 1,2 Millionen Einwohnern, so Baert. Im Rahmen verschiedener funktionaler und institutioneller Verflechtungen unterschiedlicher Gebietskörperschaften widmet sich die Metropolregion Lille anhand einzelner Stadt-Land-Projekte besonders den Verbesserungen bei der Versorgung mit regionalen Lebensmitteln und dem Umweltbereich. Zudem wurde ein Masterplan erarbeitet, der Potenziale von Stadt und Land optimal miteinander verzahnt.

(Siehe auch Anhang S. 29)

↑ Thierry Baert, Stadtentwicklungsagentur Lille Métropole, © Dirk Deckbar

5. Podium zu Stadt-Land-Partnerschaften in Europa

↑ (v. l. n. r.) Jean-Michel Courades, Hannu Penttilä, Dr. Wladyslaw Piskorz, Petri Rinne, © Dirk Deckbar

← (v. l. n. r.) Gerhard Stahl, Ralf Wolkenhauer, © Dirk Deckbar

An der Podiumsdiskussion nahmen von europäischer Seite **Gerhard Stahl**, Generalsekretär des Ausschusses der Regionen, **Dr. Wladyslaw Piskorz**, Leiter des Referats Städtepolitische Entwicklung, Territoriale Kohäsion von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik und **Jean-Michel Courades**, Referat für Europäisches Netzwerk und Monitoring der ländlichen Entwicklungspolitiken, Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung teil. Außerdem diskutierten **Ralf Wolkenhauer**, Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, **Hannu Penttilä**, Präsident des Netzwerkes der europäischen Ballungs- und Großräume (METREX) und **Petri Rinne**, Präsident der European LEADER Association for Rural Development mit.

Die sechs Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren sich einig über die funktionelle Notwendigkeit von Stadt-Land-Partnerschaften. Nun müsse diskutiert werden, wie Stadt-Land-Partnerschaften – auch mit Hilfe europäischer Förderinstrumente – auf den Weg gebracht werden können. Patentrezepte gebe es keine. Denn die bisher angewandten Ansätze seien sehr breit gefächert und von unterschiedlichem Charakter. Zudem wurde konstatiert, dass die Umsetzung in den neuen Mitgliedstaaten wie Polen oder Tschechien noch nicht so weit fortgeschritten sei wie in westeuropäischen Regionen. Aber auch in den alten Mitgliedstaaten gebe es Rahmenbedingungen, wie z. B. Haushaltskürzungen, die eine Durchführung von Stadt-Land-Partnerschaften erschwerten. Eine europäische Initiative, die das Konzept der Stadt-Land-Partnerschaften unterstützt, wurde daher begrüßt. Wichtig sei, vorhandenes

Wissen zu verbreiten und weitere Erfahrungen darüber zu sammeln, wie hierzu Förderinstrumente konkret eingesetzt werden können.

Von zentraler Bedeutung sei, welche Rolle die EU in diesem Kontext einnehmen wolle. Eine Förderung von bestimmten Strukturen widerspreche dem Subsidiaritätsprinzip, jedoch biete die EU einen Mehrwert durch die Identifikation von Praxisbeispielen und durch die Möglichkeit, europaweit Erfahrungen zu bündeln. Als gute Grundlage hierfür wurde der LEADER-Ansatz benannt: Nach 20 Jahren seien hier viele Erfahrungen vorhanden und die Prozesse und Methoden böten grundlegende Elemente für neue Ansätze.

Entscheidend sei auch eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Bereits die Partnerschaftsvereinbarungen seien eine wichtige Ebene, auf der die Grundlagen für die Förderung von Stadt-Land-Partnerschaften geschaffen werden müssten. In der Strukturpolitik gewinnen funktionale Räume immer mehr an Bedeutung, auch über die Grenzen von Bundesländern hinweg. Die „ITI“ bieten hierfür ein geeignetes Instrument in der Förderkulisse. Für Verwaltungsbehörden bergen sie jedoch den Konflikt zwischen Verwaltungsdelegation bei gleichzeitiger Verantwortung für einen sachgemäßen Einsatz der Mittel. Erfolge einzelner Projekte seien in diesem Zusammenhang wichtig, um den Mut zu haben, ein höheres Risiko einzugehen.

Das Verzahnen von Fonds aus dem Regionalentwicklungs- und dem Agrarbereich wurde von den Podiumsteilnehmern befürwortet. Einen Monofonds, in dem die Ressortpolitik durch reine Sachpolitik ersetzt wird, befand das Podium hingegen als unrealistisch. Für integrierte Ansätze sei es notwendig, tragfähige Strukturen zu schaffen, auf deren Basis entsprechende Aktionen durchgeführt werden können. Es wurde auch erwähnt, dass im Ausschuss der Regionen der Einsatz von Multifondsprogrammen unterstützt werde, allerdings sehe man auch hier Schwierigkeiten aufgrund ihrer hohen Komplexität bei der praktischen Umsetzung. Die Erfahrungen (besonders aus dem ELER und dem EFF) aus dem ländlichen Raum zeigten, dass eine Projektfinanzierung über mehrere Fonds machbar sei. Aus diesem Grund stehe man seitens der Generaldirektion für Agrarpolitik auch dem neuen Ansatz der CLLD positiv gegenüber.

Ein breites Übereinkommen bestand in der Frage nach der Einbindung lokaler Akteure. Mehr Partizipation müsste ermöglicht werden, da hierdurch das endogene Potenzial lokal besser aktiviert werden kann. Die frühzeitige Teilhabe verschiedener lokaler Akteure trage zudem zu einer Qualitätssteigerung von Projekten bei. Allerdings sei zu beachten, dass der Aufbau von Strukturen und Prozessen ein gewisses Maß an Zeit benötige. Eine nachhaltige Partnerschaft entstehe nicht von allein, vielmehr müssten die Menschen „mitgenommen“ werden.

↓ Auf dem Podium, © Dirk Deckbar

6. Stadt-Land-Partnerschaften: Ein Ausblick

Oda Scheibelhuber, Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

In ihrem Ausblick betonte Abteilungsleiterin Oda Scheibelhuber nochmals die Bedeutung von Stadt-Land-Partnerschaften für die Regionalentwicklung. Diese leisteten einen wichtigen Beitrag zum sozialen und territorialen Zusammenhalt einer Region und trügen zur Stärkung der lokalen und regionalen Wettbewerbsfähigkeit bei. Es sei davon auszugehen, dass die wechselseitige Abhängigkeit von Stadt und Land sich weiter vertiefen werde. Besonders vor dem Hintergrund der Energiewende, so Scheibelhuber, sollte diese Art der Kooperation eine wichtige Rolle einnehmen. Darüber hinaus habe die Konferenz einmal mehr den Mehrwehrt des Ansatzes großräumiger Verantwortungsgemeinschaften bestätigt. Als nächstes Ziel benannte sie die Notwendigkeit, die Partnerschaft von Stadt und Land weiter zu verfolgen und zu intensivieren. Dadurch könnten die Potenziale beider Gebietskategorien effektiv genutzt und gemeinsam Entscheidungen über raumwirksame Investitionen getroffen werden.

Sie resümierte, dass der Beitrag von Stadt-Land-Partnerschaften zum Erreichen der Ziele von Europa 2020 deutlich geworden sei. Es stelle sich nun die Frage, wie dieser Ansatz in den Partnerschaftsvereinbarungen und den Operationellen Programmen der Europäischen Strukturfonds berücksichtigt und in welcher Weise er integriert werde. Mit der Konferenz sei ein wichtiges Bündnis für den integrierten Ansatz geschlossen worden, der zwar oft kommuniziert, selten jedoch wirklich umgesetzt werde.

↑ Oda Scheibelhuber, Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, © Dirk Deckbar

In der Praxis bedürfe es daher eines Ansatzes, welcher die Mittel unterschiedlicher Fonds zusammenführen könne. Daher richte das BMVBS den Appell an die Bundesländer, darüber nachzudenken, wie durch den Einsatz innovativer Instrumente neue Förderansätze und Mittel erschlossen werden könnten. Anfängliche Unsicherheiten bezüglich neuer Instrumente könnten durch gemeinsame regionale Debatten mit allen relevanten lokalen und regionalen Akteuren abgebaut werden. Nicht zuletzt sei es wünschenswert, das bestehende Praxiswissen durch europäische Pilotaktionen zu erweitern. Dies entspräche ausdrücklich dem Interesse des BMVBS, denn starke lebenswerte ländliche Räume seien dem Ministerium ein wichtiges Anliegen.

Anhang I
Diskussionspapier

Stadt-Land-Partnerschaften, ein Thema für Europa

Modellvorhaben der Raumordnung
„Stadt-Land-Partnerschaften: großräumig – innovativ – vielfältig“

Stadt. Land. Europa. Partnerschaften nachhaltig stärken.

Diskussionspapier*

* Erstellt auf der Grundlage des BMVBS/BBSR-Expertengesprächs „Stadt. Land. Europa. Partnerschaften nachhaltig stärken“ vom 28. März 2012 in Berlin im Rahmen des MORO-Forschungsprojektes „Stadt-Land-Partnerschaften: großräumig – innovativ – vielfältig“.

In Reaktion auf die globalen Herausforderungen hat die Europäische Union die Strategie „Europa 2020“ verabschiedet. Diese setzt im Sinne eines „intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums“ auf die Stärkung einer auf Wissen und Innovation basierten, wettbewerbsfähigen, Ressourcen schonenden, ökologischen Wirtschaft, auf erhöhte Beschäftigung sowie auf soziale Integration und Armutsbekämpfung. Die europäischen Raumordnungsminister haben 2011 diese Gedanken in ihrer Territorialen Agenda 2020 aufgegriffen.

Stadt-Land-Partnerschaften bieten konkrete Möglichkeiten, um die Ziele von „Europa 2020“ und der Territorialen Agenda der EU 2020 miteinander zu verbinden und vor Ort umzusetzen – d.h. nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum unter Einbeziehung der Potenziale aller Räume zu fördern und räumlich ausgewogen zu gestalten. Damit tragen sie dazu bei, das neu im Reformvertrag von Lissabon verankerte Gemeinschaftsziel des territorialen Zusammenhalts zu erreichen.

Sowohl Europäisches Parlament und Europäische Kommission[1] als auch Akteure in den EU-Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen greifen Stadt-Land-Partnerschaften in ihren Arbeitsdokumenten, Studien und Stellungnahmen auf. Sie verweisen auf den wertvollen Beitrag, den diese Form der interkommunalen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ leisten kann.

Stadt-Land-Partnerschaften: Ein integratives räumliches Konzept als Beitrag zur Umsetzung der Strategie „Europa 2020“

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sehen sich zunehmend mit Herausforderungen konfrontiert, denen sie alleine nicht begegnen können und die damit eine Zusammenarbeit zwischen ihnen notwendig machen. Zum Beispiel werden mit dem demografischen Wandel und den energie- und klimapolitischen Herausforderungen zunehmend integrierte räumliche Konzepte für die Sicherung der Daseinsvorsorge sowie für eine nachhaltige Energieversorgung bedeutsam. Stadt-Land-Partnerschaften können einen Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen leisten; die in den jeweiligen Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten vorgegebenen Zuständigkeiten für die Regionalentwicklung bleiben davon unberührt.

Stadt-Land-Partnerschaften ersetzen ‚top-down’-Herangehensweisen durch einen breit angelegten Partnerschaftsansatz, der die verschiedenen lokalen und regionalen Akteure

1 Vgl. z.B. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung/ Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung: „Partnership for sustainable rural-urban development: existing evidences“, 2012. Studie im Auftrag der Europäischen Kommission; http://ec.europa.eu/regional_policy/what/cohesion/urban_rural/index_en.cfm

in funktionalen Räumen zum gegenseitigen Nutzen zusammenbringt.

Stadt-Land-Partnerschaften weisen zahlreiche Vorteile für die Regionalentwicklung auf:

- Dialog zwischen Stadt und Land: Gleiche Augenhöhe zwischen städtischen und ländlichen Räumen wird erreicht, Vorurteile zwischen Stadt und Land werden abgemildert, Netzwerke geknüpft.

- Komplementarität und Nutzenausgleich: Verschiedene Räume profitieren unterschiedlich von bestimmten Entwicklungen. Stadt-Land-Partnerschaften verbinden komplementäre Räume, um gemeinsame Lösungen zu finden. Damit können sie zu einem Nutzenausgleich und zum Austarieren von Wachstum und Schrumpfung innerhalb der Kooperationsräume beitragen.

- Raumübergreifende Ansätze: Ein spezifisches Thema kann unabhängig vom regionalen administrativen Zuschnitt und sogar staatenübergreifend behandelt werden. Trotz unterschiedlicher Strukturen und Ansätze können Schnittstellen gefunden und Projekte gemeinschaftlich durchgeführt und finanziert werden.

- Bündelungseffekte: Durch raumübergreifende Konsensfindung können Ressourcen effektiv eingesetzt und Problemlösungen optimiert werden; dadurch entstehen Synergien.

- Verbesserte lokale Unterstützung für großräumige Projekte: Stadt-Land-Partnerschaften bilden einen Rahmen, um Interessenausgleich und Akzeptanz zu erzeugen und Konfliktpotenzial zu minimieren. Konsensfindung und Meinungsbildung können dabei auch zu Themen erfolgen, in denen die Partner keine originären Kompetenzen besitzen. In diesen Fällen dient die Partnerschaft als ergänzende Plattform unter Einbindung formell zuständiger Akteure.

Dieser Mehrwert lässt sich insbesondere dann erzielen, wenn Stadt-Land-Partnerschaften einige Voraussetzungen erfüllen, wie z. B.:

- Funktionale Beziehungen und Problemorientierung: Stadt-Land-Partnerschaften bieten sich dort an, wo eine gemeinsame Herangehensweise bei der Umsetzung von Projekten und Prozessen auf einer funktionalen räumlichen Ebene sinnvoll und möglich ist. Ihr Zuschnitt sollte sich insofern an funktionalen Beziehungen und gemeinsamen Handlungsfeldern orientieren. Es gibt daher verschiedene Größenordnungen von Stadt-Land-Partnerschaften.

- Win-win-Situation: Alle Beteiligten sollen einen Mehrwert aus der Partnerschaft ziehen können. Partner sollten freiwillig mitarbeiten. Wichtig ist auch die Erkenntnis, dass nicht jedes einzelne Projekt jedem Partner unmittelbar zu Gute kommen muss, sondern stattdessen die einzelnen Projekte in der Summe für alle Beteiligten einen Mehrwert erbringen können.

- Gleichberechtigung: Eine Arbeit auf Augenhöhe muss zwischen allen Partnern in Stadt und Land möglich sein. Stimmengleichheit städtischer und ländlicher Partner bei Entscheidungen ist eine Möglichkeit, um diese zu erreichen. Konsensorientierung und das gemeinsame Lösen von Konflikten fördern die Akzeptanz von Stadt-Land-Partnerschaften.

- Transparenz: Prozesse und Entscheidungen müssen nachvollziehbar und transparent sein und eine frühzeitige Beteiligung betroffener Akteure gewährleisten.

- Interdisziplinäre und ebenenübergreifende Ansätze: Partner verschiedener Bereiche – Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, zivilgesellschaftlichen Gruppen etc. – sowie verschiedener räumlicher Ebenen – z. B. Kommunen, regionale Gebietskörperschaften, Landesbehörden – sollten eingebunden werden. Dies trägt zur Entwicklung konsensfähiger Entwicklungsvorstellungen für den jeweiligen funktionalen Raum bei.

- Politischer Wille: Entscheidender Faktor für eine langfristig stabile Kooperation ist deren politische Unterstützung. Der politische Wille kann sich z. B. in einer gemeinsamen Strategie und/oder Partnerschaftsvereinbarung ausdrücken.

Projekte, Themen, Handlungsfelder für Stadt-Land-Partnerschaften

Ein integrierter Ansatz – im Sinne einer gemeinsamen Handlungsstrategie – sollte die Zielsetzung einer jeden Partnerschaft darstellen. Ist dieser nicht schon vorhanden, darf er nicht auferlegt werden, sondern muss sich aufbauen können. Der Weg dahin kann über Einzelprojekte erfolgen („learning by doing“) und erfordert Zeit.

Mögliche Handlungsfelder, Ansätze und Projekte sind auch im Hinblick auf die Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ z. B.:

- Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit: Aufbau von wissens- und innovationsbasierten Kooperationen und Clustern zur Entwicklung von regionalen Innovations-Potenzialen, zum Technologietransfer und zum Aufbau einer kritischen Masse durch Netzwerke und Vernetzung von bereits bestehenden parallelen Netzwerken (u. a. könnten KMU in ländlichen Räumen über die Anbindung an Metropolen verbesserten Zugang zu Innovationen und zur Innovationsförderung erhalten).

- Regionale Produktions- und Vermarktungskreisläufe: Verbesserung der internen und externen Vermarktung eines gemeinsamen Raumes durch Einbettung regionaler Produkte aus Landwirtschaft, Handwerk und Tourismus/Naherholung in integrierte Produktions- und Absatzketten mit gemeinsamer Vermarktung. Dies führt zu einer erhöhten Sichtbarkeit am Markt, zu besseren Planungsmöglichkeiten und zu einem erleichterten Zugriff für Interessenten durch ein gebündeltes Angebot.

- Leistungsfähige Bildungssysteme und verbesserte Qualifikation: Sicherung und Verbesserung des Bildungsangebotes durch Vernetzung von Schulen und Hochschulen in städtischen und ländlichen Gebieten (u. a. auch durch den Einsatz neuer Methoden des Fernunterrichts); Kooperation von Unternehmen und Hochschulen/Weiterbildungseinrichtungen zur Entwicklung praxistauglicher Studien- und Lehrgänge; Qualifizierungsoffensiven z. B. durch Förderung regionaler Themen in der Wissenschaft.

- Digitale Agenda: Ausbau des Internet-Zugangs ländlicher Räume z. B. durch Breitbandinfrastrukturen (sofern diese nicht über den Markt entstehen); internetgestützte öffentliche, soziale, medizinische Dienstleistungen für die (ländliche) Bevölkerung.

- Eindämmung des Ressourcenverbrauchs, Einsparung von Emissionen und Erhöhung der Energieeffizienz: Entwicklung intelligenter Ansätze zur Förderung der Energieeffizienz bzw. von nachhaltigen, räumlich integrierten Energiestrategien (im Sinne einer Kombination der Potenziale der ländlichen Räume zur Energiegewinnung mit den Abnehmerstrukturen in Städten); gemeinsames Flächenmanagement als Beitrag zum Umgang mit der Ressource Boden.

- Nachhaltiger und leistungsfähiger Verkehr: Entwicklung regionaler Mobilitätskonzepte und attraktiver ÖPNV-Angebote; verbesserte Verknüpfung regionaler mit nationalen und europäischen Verkehrsnetzen und Logistikketten zur optimierten Verkehrsabwicklung; Organisation von Pendlerbeziehungen; verbesserte An- und Einbindung ländlicher Regionen in die großräumige Verkehrsinfrastruktur.

- Daseinsvorsorge sichern: Sicherung sozialer Infrastrukturen v. a. in ländlichen Räumen; koordinierte Konzepte, die Wachstums- und Schrumpfungsregionen einbinden; Gewährleistung flächendeckender Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten.

Instrumente und Finanzierungsformen von Stadt-Land-Partnerschaften

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) bieten bereits heute Möglichkeiten, Stadt-Land-Partnerschaften bei der Förderung zu berück-

sichtigen. Dies obliegt dem Ermessen der für die jeweiligen Fonds zuständigen Behörden. Dies gilt auch für die Umsetzung gemeinsamer, politikbereich-übergreifender, territorialer Strategien, die ggf. aus Mitteln unterschiedlicher Fonds gespeist werden.

Ein besonderer Vorteil der EU-Kohäsionspolitik gegenüber zentral in Brüssel verwalteten Instrumenten liegt darin, dass sie räumlich integrierte Ansätze besser unterstützen und die Förderung sich damit an einer territorialen Perspektive orientieren kann. Eine Förderung integrierter territorialer Ansätze aus den Strukturfonds sollte aus raumentwicklungspolitischer Sicht

- den Aufbau von Stadt-Land-Partnerschaften und die Erarbeitung möglichst konkreter, integrierter regionaler Entwicklungsstrategien sowie
- gemeinsame städtisch-ländliche Initiativen berücksichtigen.

In den Verordnungsvorschlägen der Europäischen Kommission für die Strukturfonds ab 2014 sind neue Instrumente vorgesehen, die dies noch effektiver als bisher ermöglichen sollen, auch wenn im Hinblick auf die Umsetzung und Ausgestaltung dieser Instrumente noch einige Fragen offen bleiben.

Integrierte Instrumente der Strukturfondsentwürfe

Die Verordnungsvorschläge sehen eine thematische Konzentration entsprechend der Ziele der Strategie „Europa 2020“ vor. Die Prioritätsachsen der Operationellen Programme (OP) sollen jeweils einem der elf thematischen Ziele zugeordnet werden. Im Europäischen Rat wurde dazu zwischenzeitlich ein Kompromiss erzielt, nach dem mehrere thematische Ziele in einer Sammelprioritätsachse zusammengefasst werden können.

Innerhalb dieses Rahmens sind Projekte von Stadt-Land-Partnerschaften förderfähig (z. B. Projekte zur Entwicklung und Umsetzung von regionalen Energiekonzepten innerhalb der Priorität zur Ressourceneffizienz). Zum anderen kann der integrierte Ansatz – auch unter Einbeziehung von Stadt-Land-Partnerschaften – bei der Programmplanung und -umsetzung verfolgt werden.

Interessant für Stadt-Land-Partnerschaften sind insbesondere die neuen, speziellen Instrumente, die die Verordnungsvorschläge für integrierte räumliche Ansätze anbieten. Diese ermöglichen die Bündelung einzelner Prioritätsachsen eines OP sowie verschiedener Fonds (EFRE, ESF und ELER).

- Integrierte Territoriale Investitionen (ITI) nach Art. 99 Vorschlag Allg. VO: Als top-down orientierte Instrumente sollen ITI die Finanzierung integrierter Maßnahmen und Ziele innerhalb einer ausgewählten funktionalen territorialen Einheit ermöglichen. Dafür sollen Mittel aus verschiedenen Prioritätsachsen der jeweiligen EFRE- und ESF-OP für die Umsetzung von Projekten gebündelt eingesetzt werden. Konkrete Raumeinheiten werden nicht vorgegeben: Stadt-Land-Ansätze sind möglich, aber auch Ansätze im ländlichen Raum, in einer Gesamtstadt oder im Stadtteil, etc.
- Von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen zur lokalen Entwicklung (Community-Led Local Development – CLLD) nach Art. 28-31 Vorschlag Allg. VO: CLLD ist ein Bottom-up-Instrument, welches auf dem bewährten LEADER-Ansatz aus der ländlichen Entwicklung basiert. Dieser lokale Entwicklungsansatz soll integrierte, multisektorale Strategien innerhalb kleinerer funktionaler territorialer Einheiten ermöglichen. Er kann neben dem ELER auch Mittel aus dem EFRE, ESF und dem EMFF (Europäischer Meeres- und Fischereifonds) einbeziehen. Die Maßnahmen sollen von einer lokalen Aktionsgruppe umgesetzt werden, in der mindestens 51 Prozent der Stimmrechte auf nichtöffentliche Akteure entfallen. Dadurch sollen u. a. der Aufbau von Verwaltungskapazitäten, ein transparentes Auswahlverfahren sowie die Kohärenz der ausgewählten Vorhaben mit der lokalen Entwicklungsstrategie gewährleistet werden.

Strukturpolitische Instrumente umsetzen

Diese neuen Instrumente sollten von den Mitgliedstaaten und Regionen aufgegriffen und innovativ genutzt werden. Dabei sind Stadt-Land-Partnerschaften ein Querschnittsthema, bei dem integrierte räumliche Ansätze – je nach regionalem Kontext und Kooperationshistorie – eingeführt oder ausgebaut werden können. Auch würden dadurch bestehende Entwicklungs- und Planungsräume und deren Konzepte nicht durch neue territoriale Ansätze „überplant", sondern können, sofern erforderlich, im Sinne einer variablen Geometrie in größeren funktionalen Zusammenhängen und Projekten miteinander verbunden werden.

Aus raumentwicklungspolitischer Sicht wäre deshalb anzustreben, Stadt-Land-Partnerschaften bzw. integrierte Ansätze für funktionale Räume in der Partnerschaftsvereinbarung und in den einzelnen Operationellen Programmen der verschiedenen Fonds zu berücksichtigen.

- Die Partnerschaftsvereinbarung zwischen der Europäischen Kommission und den einzelnen Mitgliedstaaten sollte darstellen, wie ein integrierter territorialer Ansatz verfolgt werden kann. Zusätzlich sollte aufgezeigt werden, wie die Verbindung zwischen verschiedenen Fonds und Politikfeldern sowie die Abstimmung zwischen Fondsverwaltern erfolgen kann (Stichwort „federführender Fonds"). Bereits hier sollte das Ziel deutlich werden, dass die Berücksichtigung von Stadt-Land-Partnerschaften ein wichtiger unterstützenswerter Baustein einer territorialen Perspektive bei der Umsetzung der Strategie „Europa 2020" ist. Der Einsatz der u.a. hierfür von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen integrierten Instrumente ITI und CLLD sollte beschrieben werden.

- Die Operationellen Programme (OP) sollten den Stadt-Land-Ansatz aufgreifen und konkretisieren. Dieser könnte ggf. auch „grenzüberschreitende" Stadt-Land-Kontexte umfassen – sowohl in Bezug auf innerstaatliche Regionsgrenzen als auch in Bezug auf nationale Grenzen (z. B. im Rahmen der Europäischen Verbünde für Territoriale Zusammenarbeit). Die Anwendung nachhaltiger Stadt-Land-Ansätze kann durch den Dialog zwischen Fondsverwaltern und Akteuren der Raumordnung befördert werden. Hinsichtlich der Zeitschiene für die Umsetzung sollte nicht verlangt werden, bereits bis 2013 ein umfassendes territoriales Entwicklungskonzept für die OP vorzulegen und detaillierte Vorschläge für integrierte Ansätze (ITI/CLLD) auszuweisen. Allerdings sollte die Einbettung der angebotenen EU-Förderinstrumente samt entsprechender Mittelzuweisung bereits in der Programmierungsphase vorgesehen werden. Wünschenswert wäre es, wenn existierende Stadt-Land-Partnerschaften bereits in der Programmierungsphase aktiv werden und den Mehrwert des Einsatzes der neuen integrierten Instrumente in der konkreten Situation darlegen. Regionale Debatten und Konferenzen könnten dazu beitragen, Unsicherheiten in der Planung und Konzeption sowie in der Umsetzung der neuen Instrumente abzubauen.

- Bisher fehlen Erfahrungen mit der Umsetzung der neuen strukturpolitischen Instrumente (ITI, CLLD) zur Förderung funktionaler Räume. Um das Praxiswissen über die spezifischen integrierten Stadt-Land-Ansätze europaweit zu erweitern, wäre es wünschenswert, wenn die Europäische Kommission entsprechende innovative Maßnahmen zur experimentellen Erprobung von Stadt-Land-Partnerschaften durchführen würde (z. B. durch Pilotprojekte und Modellvorhaben). Um Möglichkeiten und Grenzen der fondsübergreifenden Koordination darüber hinausgehend zu erproben, wäre es denkbar, im Rahmen von Stadt-Land-Partnerschaften Projekte oder Projektpakete zu erproben, die verschiedene Fonds (Strukturfonds, ELER) parallel einsetzen. Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus diesen experimentellen Ansätzen könnten dann in die Diskussion um die Strukturfondsperiode nach 2020 einfließen.

Anhang II
Ausgewählte Praxisbeispiele

Le Pays du Mans (Frankreich)

Gebiet: Frankreich/Loire
Gebietskategorie: kleinere Städte – ländlicher Raum
Kurzbeschreibung: Stärkung von Stadt-Land-Partnerschaften durch einen gemeinsamen Entwicklungsplan

Das französische Pays du Mans ist ein *Établissement Public de Cooperation Intercommunale* (EPIC). Das ist eine im französischen Verwaltungsrecht verankerte administrative Struktur, die vielfältige Projekte der interkommunalen Zusammenarbeit unter einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie durchführt. Der Entwicklungsplan von Le Pays du Mans zielt insbesondere auf eine Verbesserung der Verkehrs- und Transportinfrastruktur ab. Außerdem stehen die Stärkung des lokalen Tourismus und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie ein nachhaltiger Umgang mit der Umwelt im Mittelpunkt. Innerhalb dieser thematischen Schwerpunktsetzung besteht ein großes Interesse an der Umsetzung von Stadt-Land-Partnerschaften.

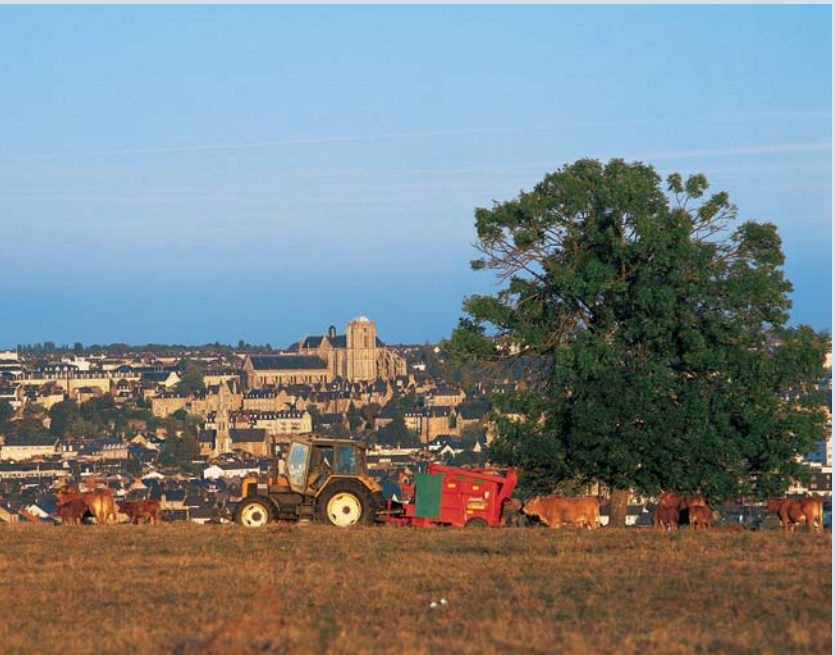
Die umfassende Einbindung verschiedener Akteure erfolgte durch einen *Rat für Entwicklung*, der auch Vertreter der Wirtschaft und Zivilgesellschaft an der Formulierung und Umsetzung der lokalen Strategien beteiligte. Der so entstandene Diskurs mit Politik und Verwaltung trug zur Überwindung der Trennung von Stadt und Land bei. Ländliche Gebiete wurden dabei nicht als spezielle Kategorie behandelt.

Beispielprojekt 1: Versorgung von Schulkantinen mit lokalen Lebensmitteln. Dies unterstützte die stadtnahe Landwirtschaft und erleichterte den Zugang der Bevölkerung zu lokalen Landwirtschaftsprodukten. Außerdem erfolgte eine Sensibilisierung für das Thema einer nachhaltigen Landwirtschaft.

Beispielprojekt 2: Empirische Erhebung und Analyse von Verkehrsfluss und Reisezeiten in der Region. Dadurch sollten der öffentliche Nahverkehr verbessert, Berufspendlerpläne für Firmen aufgestellt und der PKW-Verkehr verringert werden. Ziel ist die Schaffung eines aufeinander abgestimmten Angebots öffentlicher Verkehrsmittel und einheitlicher Preise in der gesamten Region, sowie der Aus- und Neubau von Bahnhöfen, Fahrradrouten und Fußwegen.

Finanziert wurden die Projekte mit 1,27 Millionen Euro aus dem ELER. Dabei liefen 1,21 Millionen Euro über das LEADER-Programm. Weitere 100 000 Euro für umweltbezogene Projekte kamen aus dem EFRE.

Weitere Informationen: www.paysdumans.fr



← Pays du Mans, Périurbain du Mans, © ceinture verte mancelle

Warschau und die Region Masovia (Polen)

Gebiet: Warschau/Polen
Gebietskategorie: Metropole – Umland
Kurzbeschreibung: Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch einen gemeinsamen Verkehrsverbund

Die polnische Verwaltung gewährt jeder Gebietskörperschaft ein hohes Maß an Autonomie. Auch im Bereich des Verkehrswesens handelt jede Gemeinde selbstverantwortlich, weshalb es teils große qualitative Unterschiede zu benachbarten Gemeinden gibt. So hat beispielsweise in Warschau der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) einen hohen Stellenwert und nimmt mit 16 Prozent der jährlichen Gesamtausgaben einen bedeutenden Teil des Budgets ein. In den benachbarten Gemeinden hingegen beträgt die jährliche Investition im Bereich des ÖPNV lediglich 0,2 bis 5 Prozent, was einen spürbaren Unterschied in Qualität und Service zur Folge hat. Demzufolge sind Pendler aus dem Umland Warschaus auf den eigenen PKW angewiesen, was wiederum erhebliche Verkehrsbelastungen in der Stadt nach sich zieht.

Zur Lösung des Problems werden alljährlich Verträge zwischen Warschau und jeder der 30 umliegenden Gemeinden neu ausgehandelt. Die Organisation des suburbanen Personennahverkehrs obliegt dann Warschau. Die Gemeinden hingegen müssen die Kosten des Verkehrsangebots in ihren Regionen mittragen, bzw. die Gelder aufbringen, die nicht über Tickets finanziert sind. Dies geschieht jeweils im Verhältnis zur Benutzung des Transportsystems. Warschau trägt somit etwa 200 Euro pro Jahr und pro Einwohner, während sich die Kosten für die umliegenden Gemeinden zwischen zwei und 40 Euro pro Einwohner pro Jahr belaufen (Stand: 2011).

Obwohl es gewisse Risiken für die Stabilität dieser Kooperationen gibt, konnte mit diesem Ansatz eine praktische Lösung des Problems gefunden werden. Zu den Erfolgen zählen bislang der Rückgang von privaten PKW in Warschau, die Organisation des Personennahverkehrs der umliegenden Gemeinden, der verbesserte Zugang der Nutzer sowie ein einheitliches Ticketsystem für alle Arten und Anbieter des Personennahverkehrs. Der Einbezug kleinerer, wenig frequentierter Busverbindungen zwischen abgelegenen Dörfern und Haltestellen in Vororten ermöglicht auch die Anbindung peripherer Gebiete.

Betriebskosten können gänzlich ohne EU-Kofinanzierung bestritten werden. EU-Fördermittel werden in die Modernisierung oder den Ausbau der Linien investiert sowie in Park & Ride-Standorte in den Randlagen Warschaus.

Weitere Informationen: www.ztm.waw.pl

↑ Warschau, © jacek_kadaj, Fotolia.com

↑ Flusslandschaft, © Hamburg Marketing GmbH

Land-Stadt-Allianzen im Rahmen der Metropolregion Hamburg (Deutschland)

Gebiet: Hamburg – Norddeutschland – Süddänemark
Gebietskategorie: Großräumige Partnerschaft Metropole – Umland
Kurzbeschreibung: Verbesserung der Zusammenarbeit von Teilräumen und Gesamtraum

Im Rahmen des Aktionsprogramms „Modellvorhaben der Raumordnung“ (MORO) unterstützt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) die praktische Erprobung und Umsetzung „großräumiger Verantwortungsgemeinschaften“ sowie Stadt-Land Partnerschaften anhand neuer Kooperationskonzepte. Ein MORO- Teilprojekt ist die „Großräumige Partnerschaft Norddeutschland/Metropolregion Hamburg – MORO Nord“, die die Metropolregion Hamburg (MRH) und ihre benachbarten Landkreise in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern umfasst. Als Partner ist außerdem die Region Süddänemark beteiligt.

Hauptziel der großräumigen Partnerschaft ist die bessere Einbindung der Teilräume sowie die Profilierung und wirtschaftliche Zusammenarbeit des Gesamtraums und seiner Teilräume. MORO Nord kann dabei an zahlreiche Kooperationen anknüpfen, die bereits innerhalb der Metropolregion Hamburg und mit den angrenzenden Teilräumen bestehen. Das Modellvorhaben wird als Chance verstanden, diese Prozesse zu festigen, bisherige Defizite der Zusammenarbeit zu überwinden und sie zu einer großräumigen Partnerschaft auszubauen. Ein Lenkungsausschuss ist das zentrale Gremium, in dem alle relevanten Partner vertreten sind. Die Umsetzung von Teilprojekten liegt in der Eigenverantwortung des Projektes selbst, wobei jeweils ein Mitglied des Lenkungsausschusses zur Seite steht. Im Rahmen von MORO-Nord sind eine Vielzahl von gemeinsamen Projekten im Stadt-Land-Kontext eingegliedert.

Teilprojekt 1: Der Fluss Elbe erstreckt sich auf etwa 150 km durch die Metropolregion. Bislang fehlt jedoch ein regionsübergreifendes kohärentes Tourismuskonzept. Dieses wird nun auf Initiative der Stadt Hamburg erstellt. Erwartetes Ergebnis ist die Verbesserung der Wertschöpfung in der Region und der weichen Standortfaktoren. Ziel ist es außerdem, langfristig Arbeitsplätze in den landschaftlich attraktiven, jedoch wirtschaftlich weniger entwickelten Regionen zu schaffen. Dies soll durch Kooperation und ein besseres Marketing, besonders für die ländlichen Partner, erreicht werden.

Teilprojekt 2: In einer Arbeitsgruppe des MORO-Projektes formulierten die ländlichen Regionen zum ersten Mal ihre Positionen über die Zusammenarbeit mit der Metropole Hamburg in der „Bad Bevensener Erklärung“. Daraufhin wurden zwei Projekte für die Vernetzung zwischen Städten und Regionen lanciert. Eines beschäftigt sich mit der Gesundheitsversorgung, das andere mit der Versorgung durch erneuerbare Energien.

Weitere Informationen:
metropolregion.hamburg.de

Region Twente (Niederlande)

Gebiet: Region Twente (Niederlande)
Gebietskategorie: Städtenetz von Klein- und Mittelstädten
Kurzbeschreibung: Städtenetzwerke und ländlicher Raum für den peri-urbanen Raum (Vororte)

Die niederländische Region Twente besteht aus elf Klein- und drei Mittelstädten. Unter anderem umfasst sie die Städte Almelo, Enschede und Hengelo. Es bestehen bereits Kooperationen in den Bereichen Wohnungswesen, Verkehr, Beschäftigung, Sicherheit, Erholung und Tourismus. Trotzdem werden verstärkte Bemühungen als notwendig erachtet, um Partnerschaften im Stadt-Land-Kontext voranzubringen. Davon erhofft man sich Synergieeffekte aus den Potenzialen beider Gebietskategorien.

Städte und ländliche Räume haben mit unterschiedlichen Herausforderungen zu kämpfen. So stehen in den urbanen Räumen gut entwickelte Hochschulbereiche einer hohen Arbeitslosigkeit bei weniger gut ausgebildeten Bevölkerungsschichten gegenüber. Der ländliche Raum dagegen ist besonders mit der Problematik des demografischen Wandels und dem Rückgang des Agrarsektors konfrontiert. Potenziale sieht die Region Twente besonders in einer stark ausgeprägten regionalen Kultur und ihren gut funktionierenden wirtschaftlichen Netzwerken.

Ein erster Anknüpfungspunkt zur Stärkung von Stadt-Land-Partnerschaften gelang über die Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit. Im Rahmen des INTERREG IV B Projektes SURF (Sustainable Urban Fringes) aus dem Nordseeraum und des INTERREG IV C Projektes URMA (Urban-rural Partnerships in Metropolitan Areas) konnten Erfahrungen über Praktiken und politische Handlungsoptionen ausgetauscht werden.

SURF widmet sich dem Thema des peri-urbanen Raums. Die Twenter Städte Enschede, Almelo und Hengelo nahmen als Partner teil. Aus dem Erfahrungsaustausch innerhalb des Projektes zu Kooperationsformen und -themen resultierten konkrete praktische und politische Handlungsempfehlungen sowie ein regionales Leitbild für den peri-urbanen Raum mit einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie. Über das Projekt SURF wurden zudem Möglichkeiten erörtert, wie die Potenziale des ländlichen Raumes in die Stadtentwicklung einfließen können. Im Jahr 2010 begann die verstärkte integrierte Kooperation zwischen der Region Twente, den regionalen Stadtverwaltungen, der Provinz Overijsssel, dem Wasserwirtschaftsamt Regge und Dinkel sowie zwei niederländischen Ministerien. So entstanden beispielsweise miteinander verbundene Wanderrouten für Naherholungssuchende um die städtischen Zentren.

Weitere Informationen: www.regiotwente.nl

↓ Studentenprojekt in Twente, © Rolf Oldejans

↓ Lille, © pp76, Fotolia.com

Lille – Métropole (Frankreich)

Gebiet: Lille/Nord-Frankreich – Belgien (Flandern und Wallonien)
Gebietskategorie: Metropolitaner Raum
Kurzbeschreibung: Administrative Verflechtung auf institutionalisierter Metaebene

In der polyzentrischen Metropolregion Lille nahm seit den 1990er Jahren die sozioökonomische und institutionelle Verflechtung stetig zu. Durch eine heterogene administrative Einbindung (zwei Nationalstaaten, drei Regionen, zwei Départements, zwei Provinzen) unterliegt der Ansatz des Mehrebenen-Regierens jedoch einem hohen Maß an Komplexität. Lille Métropole Communauté urbaine ist ein im französischen Verwaltungsrecht verankerter Gemeindeverbund *(communauté urbaine)* im Ballungsgebiet um die nordfranzösische Stadt Lille. Er umfasst ein für sechs Jahre gewähltes Gremium mit 170 Mitgliedern der lokalen Gebietskörperschaften. Der Gemeindeverbund liegt im Département Nord in der Region Nord-Pas-de-Calais und besteht aus 85 Gemeinden mit insgesamt 1,2 Millionen Einwohnern. Allerdings leben in der Hälfte der Einzelgemeinden weniger als 5.000 Menschen.

Neben den ursprünglichen Aufgaben der Wasserver- und Entsorgung, Verkehrsinfrastruktur und Raumplanung erstrecken sich die Kompetenzen auch auf Wohnungswesen, Wirtschaftsförderung, Umweltplanung, Forschung, Sport und Kultur. Neben der communauté urbaine erfolgte 2008 die Gründung des EVTZ[1] Eurometropole Lille-Kortrijk-Tournai und 2007 die Gründung der „Association Aire métropolitaine de Lille“ – (Metropolregion Lille). Beide Konzepte der administrativen Metaebene verfolgen das Ziel einer operativen Verzahnung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im metropolitanen Raum zur gemeinsamen effektiven Projektumsetzung. Im Rahmen dieser funktionalen und formalisierten Institutionalisierung erfolgen auch konkrete Projekte im Kontext der Stadt-Land-Partnerschaften.

Teilprojekt im Stadt-Umland-Kontext

Im Rahmen der Revision des Leitbildes der Metropolregion mit dem Ziel, den Stadtumbau auf den bereits bestehenden urbanen Raum zu begrenzen und Zersiedlungstendenzen einzudämmen, kommt der Wahrung der bestehenden landwirtschaftlich genutzten Gebiete eine große Bedeutung zu. Durch den zunehmenden Siedlungsdruck kam es in der Vergangenheit zum Rückbau von landwirtschaftlichen Betrieben und von Ackerland. Ziel ist es, durch den Aufbau direkter Lebensmittelversorgungsketten die regionale und biologische Landwirtschaft zu stärken und gleichzeitig den Schutz natürlicher Wasserressourcen durch geringere Bodenversiegelung zu gewährleisten.

Weitere Informationen:
www.lillemetropole.fr
www.adu-lille-metropole.org

1 Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit

Anhang III
Programm der Europäischen Konferenz am 19. Juni 2012

PROGRAMM

Moderation: Dr. Lothar Blatt
Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e. V.

9.00 Uhr Empfang und Registrierung

10.00 Uhr **STADT-LAND-PARTNERSCHAFTEN IM EUROPÄISCHEN RAUM**

Impulse für Stadt und Land – nationale Raumentwicklung im europäischen Kontext
Dr. Peter Ramsauer MdB
Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Stadt und Land – Positionen der dänischen Ratspräsidentschaft
Carsten Hansen (angefragt)
Minister für Stadt, Wohnen und ländlichen Raum

Stadt-Land-Partnerschaften – ein Thema der europäischen Regionalpolitik?
Erich Unterwurzacher
Direktor, Europäische Kommission,
Generaldirektion Regionalpolitik

„RURBANe Kooperationen" aus Sicht des Europäischen Parlaments
Dr. Jan Olbrycht
Mitglied des Europäischen Parlaments

11.30 Uhr **WISSENSCHAFTLICHE EINORDNUNG VON STADT-LAND-PARTNERSCHAFTEN**

Regionalentwicklung und Stadt-Land-Partnerschaften – eine OECD Perspektive

Stadt. Land. Europa.

PARTNERSCHAFTEN NACHHALTIG STÄRKEN

Joaquim Oliveira Martins
Leiter der Abteilung für Regionalentwicklung, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

„Großräumige Verantwortungsgemeinschaften" – Erfahrungen aus dem Modellvorhaben der Raumordnung
Harald Herrmann
Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

12.15 Uhr Mittagspause

13.00 Uhr **PRAXISBEISPIELE: STADT-LAND-PARTNERSCHAFTEN KONKRET**

MORO-Nord: Von der Metropolregion zur norddeutschen Projektpartnerschaft
Dr. Rolf-Barnim Foth
Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Partnerschaftliche Zusammenarbeit in einer ländlich geprägten Region
Rolf Oldejans
Stadt Enschede, Abteilung Stadtentwicklungspolitik

Erfahrungen aus Frankreich – das Beispiel „Lille Métropole"
Thierry Baert (angefragt)
Stadtentwicklungsagentur Lille Métropole

14.00 Uhr Kaffeepause

EUROPÄISCHE KONFERENZ
19. JUNI 2012 IM BMVBS BERLIN

14.30 Uhr **PODIUMSDISKUSSION: PERSPEKTIVEN FÜR STADT-LAND-PARTNERSCHAFTEN IN EUROPA**

Teilnehmer

- Gerhard Stahl
  Generalsekretär des Ausschusses der Regionen
- Wladyslaw Piskorz
  Leiter des Referats Städtepolitische Entwicklung, Territoriale Kohäsion, Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik
- Jean-Michel Courades
  Referat für Europäisches Netzwerk und Monitoring der ländlichen Entwicklungspolitiken, Europäische Kommisssion, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- Ralf Wolkenhauer
  Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Hannu Penttilä
  Präsident des Netzwerkes der europäischen Ballungs- und Großräume (METREX)
- Petri Rinne
  Präsident der European LEADER Association for Rural Development

16.00 Uhr **SCHLUSSFOLGERUNGEN**

Stadt. Land. Europa. Ein Ausblick
Oda Scheibelhuber
Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

IM ANSCHLUSS AN DIE VERANSTALTUNG

Ehrung der Preisträgerinnen und Preisträger des MORO-Wettbewerbs 2012 „Menschen und Erfolge – In ländlichen Räumen mobil!"

Impressum

Herausgeber
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Ansprechpartner
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn

Koordination und Text
Gesellschaft des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung mbH
Littenstraße 10
10179 Berlin
info@deutscher-verband.org
www.deutscher-verband.org

Gestaltung
VorSprung Design & Kommunikation

Bildnachweise
direkt am Bild

Nachdruck und Vervielfältigung
Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Stand: Dezember 2012

www.bmvbs.de